

Der Bildungsökonomische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik, der wissenschaftlichen Gesellschaft der deutschsprachigen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, hat in seiner Sitzung am 15. März 2013 folgenden offenen Brief an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz einstimmig verabschiedet:

Für offenen Zugang zu den Bildungsdaten

Die Bildung unserer Kinder ist die zentrale Grundlage für eine funktionsfähige Gesellschaft und unseren zukünftigen Wohlstand. Darum ist es wichtig, mit wissenschaftlichen Methoden zu ergründen, wie das Bildungssystem bestmöglich gestaltet werden kann. Weil Bildungspolitik in Deutschland in der Hoheit der Länder liegt, sind dazu Analysen und Vergleiche der Bildungspolitik der einzelnen Länder unumgänglich. Die derzeitige Praxis in Datensätzen wie dem Nationalen Bildungspanel, den PISA-E-Studien und den IQB-Bildungsstandardstudien ist aber, Ländervergleiche zu untersagen und eine Identifizierung der Bundesländer unmöglich zu machen. Aus unserer Sicht ist die bestehende Praxis nicht mit dem Grundrecht auf Freiheit der wissenschaftlichen Forschung vereinbar. Sie verhindert Transparenz in der Bildungsforschung und eine evidenzbasierte Verbesserung unserer Bildungssysteme. Deshalb fordern wir die Kultusminister der Länder auf, der Wissenschaft Bundesländervergleiche uneingeschränkt zu gestatten und ihr freien Zugang zu Bundeslandinformationen in allen Bildungsdatensätzen zu gewähren.